

§ 25 RGV Sonderbestimmungen für Dienstverrichtungen im Ausland

RGV - Reisegebührenvorschrift 1955

Ⓞ Berücksichtigter Stand der Gesetzgebung: 10.01.2026

1. (1)Die Bestimmungen der Abschnitte I bis V sind, soweit in diesem Abschnitt nicht anderes bestimmt ist,
 1. a)auf Dienstreisen in das Ausland, soweit sie nicht von lit.c erfaßt werden,
 2. b)auf Dienstreisen von einer im Ausland gelegenen Dienststelle (Dienstverrichtungsstelle) aus, soweit sie nicht von lit.c erfaßt werden,
 3. c)auf Dienstreisen nach im Ausland gelegenen Grenzorten,
 4. d)auf Dienstverrichtungen im ausländischen Dienstort und
 5. e)auf Dienstzuteilungen zu im Ausland gelegenen Dienststellenanzuwenden.
2. (2)Dienstreisen nach Abs. 1 lit. a bedürfen der Bewilligung des zuständigen Bundesministers. Solche Dienstreisen dürfen nur in dem Umfang angeordnet oder bewilligt werden, in dem sie unter Bedachtnahme auf Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit erforderlich sind.
3. (2a)Eine Dienstreise nach Abs. 1 lit. a ist zu bewilligen, wenn sie im Rahmen der Rechtsprechung zur Durchführung oder zur Beteiligung an einer Beweisaufnahme im Ausland rechtskräftig angeordnet wurde.
4. (3)Als Grenzort im Sinne des Abs. 1 lit. c gelten die im benachbarten Ausland gelegenen Orte, deren Ortsgrenze von der Bundesgrenze in der Luftlinie nicht mehr als 15 Kilometer entfernt ist.
5. (4)Als Dienstreisen im Sinne des Abs. 1 lit. c gelten auch Dienstreisen in ein Zollausschlußgebiet.

In Kraft seit 01.01.2004 bis 31.12.9999

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at